

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 8

Artikel: Ungarns Parteitag
Autor: Révész, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094323>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unbotmässigkeit wird überall geahndet, aber speziell in der Kirche sieht das Regime die moralische Konkurrenz. Sie ist nach seiner Meinung daran schuld, dass das Volk die Partei nicht schätzt und ihr nicht (freiwillig) folgt. Man will die Kirche deshalb zum Gehilfen der Partei machen, zum Werkzeug umschmieden (nach dem Vorbild der russisch-orthodoxen Kirche).

Zusatzschikanen

Gegen die «politisierende» (das heisst nicht so wie die Partei politisierende) Kirche führt man eine intensive Presse- und Fernsehkampagne. Darüber hinaus kommt es auch zu konkreten Schikanen.

- Man drosselt die Papierzuteilung für die kirchlichen Zeitungen allmählich immer stärker.

- Man schüchtert die katholischen Journalisten und Publizisten ein. Drei Mitarbeiter der bischöflichen Zweiwochenzeitschrift «Poslaniec Warmii» (Ermländer Bote, Warmia), nämlich Jozef Lubieniecki, Bogdan Kurowski und Ryszard Kulakowski, wurden verhaftet und unter Anklage gestellt. Inzwischen sind sie (nach ausländischen Interventionen zu ihren Gunsten) aus der Haft entlassen worden.

Die Rolle des Papstes

Der einst vom Regime so feierlich empfangene Papst ist seither immer deutlicher ins ideologische Feindbild gerückt worden. Unter anderem verzeiht man ihm nicht, dass er gegenüber der sogenannten Befreiungstheologie kritisch eingestellt ist, die ihren Namen nicht verdient, weil sie im Schulterchluss mit den sozialistischen Regimes wirkt, die Unfreiheit garantieren. Als Bürger eines sozialistischen Landes und selbst im Sozialismus erzogen, betrachtet der Papst den Sozialismus nicht als Mittel der Befreiung, sondern vielmehr als Gegensatz zur sozialen Gerechtigkeit.

Daher gilt die Sympathie des Papstes eher einer Befreiungstheologie, die nicht so genannt wird. Er hat es so ausgedrückt: «Die Solidarität (polnisch Solidarnosc) lebt als Hoffnung aller Polen.» Und dem entspricht auch die Volksstimmung in Polen. Das hat das Regime in Polen ebenso erkannt wie die sowjetische Führung. Es kommt zu öffentlichen Angriffen gegen den Papst. Sie sind Anzeichen eines verschärften Vorgehens gegen die Religion in Polen selbst, aber auch im gesamten Sowjetlager.

Der politische Druck auf die Kirche ist gewachsen. Der Leiter des staatlichen Kirchenamtes, Adam Lopatka, hat eine Zusammenarbeit zwischen Kardinal Glemp und General Jaruzelski empfohlen, die wohl ultimativen Charakter haben soll. Man verlangt von der Kirche die Eingliederung in die Maschinerie des totalitären Systems, und man behält sich alle Mittel vor, um ihr das beizubringen.

Bohdan Gorski

Laszlo Révész

Ungarns Parteitag

Der Ende März abgehaltene 13. Parteitag der 870 000 Mitglieder zählenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei brachte im innen-, aussen- und wirtschaftspolitischen Bereich keine bedeutenden Änderungen.

Das bisherige Reformprogramm wurde bestätigt. Die Existenzberechtigung des für die ungarische Wirtschaft wichtigen privaten und halbprivaten Wirtschaftssektors bleibt anerkannt.

Der Kongressbeschluss (Kapitel II, Punkt 2) hält fest: «Kleinwarenproduzenten, Kleingewerbetreibende und Einzelhändler spielen auch auf längere Sicht noch ihre Rolle im Leben der sozialistischen Gesellschaft und bei der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.»

Privatsektor: ja, aber

Kadar betonte in seiner Schlussrede im Zusammenhang mit den weitverbreiteten betrieblichen Arbeitsgemeinschaften: «Die meisten Arbeitsgemeinschaften funktionieren gut; ihre Tätigkeit ist nützlich. Obwohl mancherorts auch Verzerrungen aufgetreten sind, vertreten Partei

und Regierung die Meinung, dass die gut arbeitenden Wirtschaftsgemeinschaften in den Betrieben beizubehalten sind.»

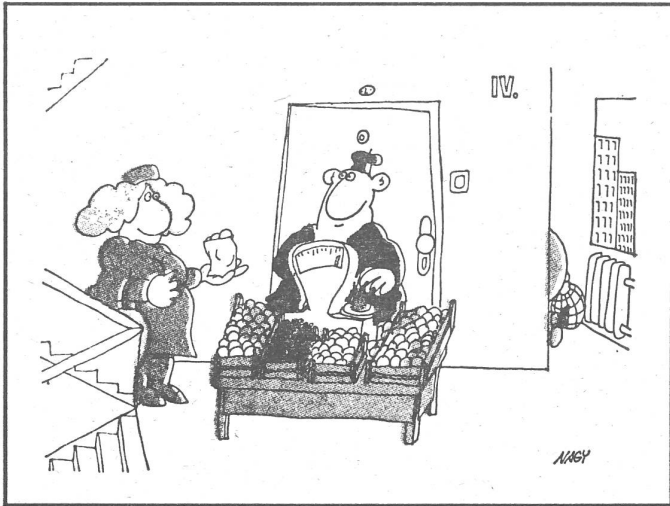
Allerdings schränkte Kadar anschliessend ein: «Es muss ein Weg gefunden werden, damit diese Arbeitsgemeinschaften durch die Betriebskollektive kontrolliert werden.» Es handelt sich bei dieser Kontrolle in erster Linie darum, dass der entscheidende Teil der Arbeit in der Hauptarbeitszeit geleistet werden muss und dass der Werk tätige das für die Befriedigung seiner grundlegenden Bedürfnisse notwendige Einkommen an seinem Hauptarbeitsplatz und im Rahmen der festgelegten Arbeitszeit verdienen kann.

Dezentralisierung geht weiter

Der schon vor einigen Jahren eingeleitete mässige Dezentralisationsprozess in der Staats- und



Die Sorgen der privaten Schweine: «Irgendwie gefällt es mir nicht, dass die Verwandtschaft aus Budapest so unerwartet angekommen ist.» («Ludas Matyi», Budapest, 29. 11. 1984)



«Der geschäftstüchtige Grundbesitzer». («Ludas Matyi», Budapest, 29. 11. 1984)

Er vermehrt das Gewicht seiner Produktion, die er privat verkauft, durch diskretes Handauflegen.

Wirtschaftsverwaltung soll weitergehen. Kapitel II, Punkt 8 des Kongressbeschlusses hebt hervor: «Die Selbständigkeit, der Kompetenzbereich, die Verantwortung und die Aufgaben der Selbstverwaltung der örtlichen Räte sind in der Regional- und der Siedlungspolitik sowie bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung zu erhöhen. Die Regierungsarbeit muss weiterentwickelt werden. Die Dezentralisierung der Kompetenzbereiche und der damit verbundenen Verantwortungsbereiche ist fortzusetzen.»

Punkt 5 dieses Kapitels beschäftigt sich mit einem wichtigen Problem mehrerer Ostblockstaaten, mit der Minderheitenfrage: «Die Gleichberechtigung der Nationalitäten (minderheitliche Volksgruppen), die Pflege ihrer Muttersprache und Kultur sind auch in Zukunft zu sichern. Wir schätzen und unterstützen weiterhin die Tätigkeit der Nationalitätenverbände. Die Nationalitäten spielen bei der Entwicklung der Freundschaft zwischen Ungarn und den Nachbarvölkern eine wichtige Rolle.»

Dieser Teil des Kongressbeschlusses gilt zweifelsohne für Rumänien, wo die offiziell 1,7 Millionen, in Wirklichkeit etwa 2,5 Millionen Personen starke ungarische Minderheit immer mehr unterdrückt wird und die Entwicklung in Richtung eines kulturellen Genozids läuft.

Randgruppen genannt

Von Interesse war die Rede des I. Sekretärs des Kommunistischen Jugendverbandes, Cs. Hamori. Er sprach über die Jugendlichen in gefährdeter Lebenslage und erklärte: «Wir müssen uns jener annehmen, die durch eigene Schuld an den Rand der Gesellschaft gelangten. Der übermäßige Alkoholkonsum, die langsam um sich greifende Drogensucht, die zunehmende Jugendkriminalität machen auf die Schwierigkeiten der Integration in die Gesellschaft aufmerksam.» Er lenkte auch die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die ungelöste Wohnungsfrage der Jungverheirateten. Derjenige, der keine Möglichkeit sieht, «mit harter Arbeit ein eigenes Heim zu erwerben, hält seine Zukunft für aussichtslos und kann

sich kaum mit unseren Zielen, zum Beispiel den gesellschaftlichen Aufgaben, identifizieren...»

Verjüngung der Führung

Das Wichtigste und Interessanteste im Parteikongress war der Kaderwechsel, verbunden mit einer Verjüngung der Parteiführung.

Der Kongress wählte ein neues ZK mit vielen neuen Namen; es umfasst 105 Mitglieder. Am 28. März ging der Kongress zu Ende, und noch am gleichen Tag trat das neue ZK zusammen, um die höchsten Funktionäre der Partei zu wählen. Gewählt wurde ein aus 13 Mitgliedern bestehendes Politbüro und ein aus 8 Mitgliedern bestehendes ZK-Sekretariat. Allerdings wurden vier Politbüromitglieder auch ins ZK-Sekretariat gewählt, so dass die Personalunion zur Normalität der beiden Gremien gehört.

Das Durchschnittsalter des Politbüros beträgt 59,5 Jahre; Kadar mit 73 Jahren ist das älteste Mitglied, der neugewählte Csaba Hamori mit 37 Jahren das jüngste. Es ist in den letzten Jahrzehnten kaum vorgekommen, dass ein 37-jähriger ins oberste Kollektivorgan der Partei gewählt wurde. Dies bezieht sich nicht nur auf Ungarn, sondern auch auf die übrigen Ostblockparteien. Das Durchschnittsalter des

obersten Exekutivorgans der Partei, des ZK-Sekretariates, beträgt 58,6 Jahre; im Vergleich mit den anderen Parteien ist auch dieses Organ «jung».

Noch interessanter ist das durchschnittliche Alter der neugewählten Politbüromitglieder und ZK-Sekretäre. Es wurden je drei neue Mitglieder sowohl ins Politbüro als auch ins ZK-Sekretariat gewählt. Das Durchschnittsalter der neuen Politbüromitglieder beträgt 51 Jahre, jenes der neuen Sekretariatsmitglieder 51,6 Jahre.

Wichtig in diesem Kongress war die Öffentlichkeit; in der KPdSU und in den übrigen kommunistischen Parteien des Ostblocks werden die ZK-Abteilungen und die übrigen zentralen Parteiorgane der Öffentlichkeit vorenthalten. Die ungarische Presse durfte dagegen die Organe der Parteiexecutive bekanntgeben.

Es gibt folgende ZK-Abteilungen – eigentlich Parteiministerien, welche den parallelen staatlichen Ministerien die bindenden Anweisungen erteilen:

Abteilung für

Agitation und Propaganda

Wirtschaftspolitik

Verwaltung und Administration

Büro beim ZK

Auswärtige Angelegenheiten

Partei- und Massenorganisationen

Parteifinanzen und Sachbearbeitung

Wissenschaft, Volksbildung und Kultur (das letzte Parteiministerium wird von einer Frau, Katalin Radics, geleitet)

Ausserdem hat das ZK folgende Kommissionen beim ZK gewählt:

Kommission für Wirtschaftsfragen

Agitpropkommission (Leiter Janos Berecz)

Jugendkommission

Ferner wurden mehrere Arbeitsgemeinschaften beim ZK geschaffen:

für Nachwuchsarbeit

für Ökonomie

für Genossenschaftspolitik

für Kulturpolitik

Die Leiter der Arbeitsgemeinschaften sind alle Mitglieder des ZK-Sekretariates. ■

Angehörige einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft offerieren privat gezüchtete Ferkel zum Verkauf.

